

Zeile	Name, Vorname der/des Auszubildenden	Name, Vorname der/des Erklärenden
-------	--------------------------------------	-----------------------------------

33 **Angaben zur Prüfung, ob weitere Freibeträge zu gewähren sind**

34 Ihnen gegenüber unterhaltsberechtigte **Person(en)** (z. B. geschiedener Ehegatte, dauernd von Ihnen getrennt lebender eingetragener Lebenspartner, zweiter Ehegatte, Eltern oder andere Verwandte in gerader Linie), soweit Sie ihnen Unterhalt zahlen:

35	Name, ggf. Geburtsname	Vorname	Geburtsdatum
36	a)		
37	Name, ggf. Geburtsname	Vorname	Geburtsdatum
38	b)		

39 Gegebenenfalls Art der gegenwärtigen Ausbildung B

40	zu a)	voraussichtlicher Abschluss am
41	zu b)	voraussichtlicher Abschluss am

42 Verwandtschaftsverhältnis oder sonstiger Grund der gesetzlichen Unterhaltspflicht

43	zu a)
44	zu b)

45 Art und Höhe der Einnahmen der ab Zeile 34 genannten Person/en im Bewilligungszeitraum B

zu a)	brutto	Euro	
zu b)	brutto	Euro	

46 Ich beantrage für mich, die Antragstellerin / den Antragsteller oder eine andere mir gegenüber unterhaltsberechtigte Person einen Freibetrag/Freibeträge wegen einer anerkannten Behinderung. ja B

47 Für alle folgenden Fragen sind die Verhältnisse im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (BWZ) maßgebend,

48 also die des Kalenderjahres

49 **Art der Erwerbstätigkeit**

- 50 erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z. B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung
- 51 erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z. B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in)
- 52 erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder auf Antrag wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in B
- 53 Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige Nichterwerbstätige

54 Wurden Sie für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt? ja (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) nein

55 Werden Sie noch für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt? ja (Bescheid - **alle Seiten** - nach Erhalt in Kopie übersenden) nein

56 Wurden Sie nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG zur Antragstellung veranlagt (früherer **Lohnsteuerjahresausgleich**)? ja (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) nein

57 Die Veranlagung erfolgt/e zusammen mit

58 der derzeitigen Ehegattin / dem derzeitigen Ehegatten dem Vater der/des Auszubildenden der Mutter der/des Auszubildenden

59	Name des Finanzamtes	Steuer-Nr.
----	----------------------	------------

60 Haben Sie gegen den beigefügten Einkommensteuerbescheid ein Einspruchs-/Klageverfahren eingeleitet, das noch nicht abgeschlossen ist? ja

61 Angaben zur **Kirchensteuer**, soweit nicht im Einkommensteuerbescheid enthalten (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

62 Angaben zur **Gewerbsteuer** (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

		Name, Vorname der/des Auszubildenden		Name, Vorname der/des Erklärenden	
Zeile		Jahresbruttobetrag der Einnahmen		hierauf gezahlte / abgeführte Steuern	
63	Wenn keine Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt worden ist und auch nicht mehr durchgeführt wird	<input type="checkbox"/> B Euro	<input type="text"/>	Euro	<input type="text"/>
64	Einkünfte aus Kapitalvermögen, soweit nicht bereits im Einkommensteuerbescheid enthalten	<input type="checkbox"/> B		Euro	<input type="text"/>
65	Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung (Mini-Job)	<input type="checkbox"/> B		Euro	<input type="text"/>
66	Beginn dieses geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses vor dem 01.01.2013	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein		
67	Wenn Einnahmen im Ausland erzielt wurden	<input type="checkbox"/> B			
68	Staat	Jahresbruttobetrag	Währung	Steuerbetrag	Währung
69	Einnahmen , die aufgrund des Auslandstätigkeitserlasses nicht versteuert wurden	<input type="checkbox"/> B	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>
70	Wurden vom Arbeitgeber vermögenswirksame Leistungen erbracht?	<input type="checkbox"/> ja			
71	Beiträge zur geförderten Altersvorsorge nach § 82 EStG (" Riester-Rente "): <input type="checkbox"/> B	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	
72	Wenn noch kein Einkommensteuerbescheid vorliegt, Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs.1 Nr. 5 EStG. <input type="checkbox"/> B	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	
73	Renten (bitte Bescheide bzw. Rentenmitteilungen vollständig in Kopie beifügen)				
74	Art der Renten				
75	<input type="text"/> Rentenbeginn	Tag	Monat	Jahr	Jahresbruttobetrag Euro <input type="text"/>
76	<input type="text"/> Rentenbeginn	Tag	Monat	Jahr	Jahresbruttobetrag Euro <input type="text"/>
77	<input type="text"/> Rentenbeginn	Tag	Monat	Jahr	Jahresbruttobetrag Euro <input type="text"/>
78	Unterhaltsleistungen von	Name, ggf. Geburtsname, Vorname <input type="text"/>			
79	Verwandtschaftsverhältnis zum/zur Erklärenden <input type="text"/>	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	
80	Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung <input type="checkbox"/> B (Siehe Erläuterungen zu Formblatt 3)				
81	Arbeitslosengeld / Unterhaltsgeld	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	
82	Krankengeld	Netto-Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	
83	Insolvenzgeld	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	
84	Übergangsgeld	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	
85	Kurzarbeitergeld	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	
86	Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	
87	Haben Sie andere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung bezogen?				
88	<input type="checkbox"/> nein				
89	<input type="checkbox"/> ja, und zwar <input type="checkbox"/> B <input type="text"/>	Jahressumme	Euro	<input type="text"/>	

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile

90 Dieses Formblatt 3 kann dem Amt auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden übersandt werden.

91 **Sollen Angaben über Ihr Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, teilen Sie dies bitte dem Amt für Ausbildungsförderung mit Begründung schriftlich mit.**

92 Wenn das aktuelle Einkommen der erklärenden Person voraussichtlich wesentlich niedriger ist als im maßgeblichen Kalenderjahr (Zeile 47 und 48), kann auf **besonderen Antrag** der/des Auszubildenden von den **Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum (BWZ)** ausgegangen werden. Der Antrag (Formblatt 7 – Antrag auf Aktualisierung) muss spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

93 Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus vom Einkommen der erklärenden Person ein weiterer Teil anrechnungsfrei bleiben (z. B. für Aufwendungen für behinderte Personen). Dieser Antrag muss ebenfalls spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

94 Mir ist bekannt,

95 – dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die ich hier Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen.

96 – dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind;

97 – **dass die Adressangaben dem Bundesverwaltungsamt für die Rückforderung von BAföG-Darlehen übermittelt werden, um die Anschrift der Darlehensnehmerin oder des Darlehensnehmers zu ermitteln;**

98 – dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber sowie durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen;

99 – **dass das Amt für Ausbildungsförderung von mir Beträge fordern kann, die meiner Tochter/meinem Sohn vorausgeleistet werden, wenn ich den nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1610 Abs. 2) während der Ausbildung zu zahlenden Unterhaltsbetrag nicht leiste und dass dies auch für die Vergangenheit möglich ist, soweit Leistungen rückwirkend erbracht werden. Ich weiß, dass diese Forderung die Höhe der Bedarfssätze für Schülerinnen/Schüler zwischen 231,- EUR und 708,- EUR und für Studierende zwischen 451,- EUR und 735,- EUR erreichen kann. Bei besonderen ausbildungsbedingten Aufwendungen können sich diese Sätze erhöhen.**

100 **Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.**

Ort, Datum

Unterschrift der/des Erklärenden

101

102 **Zusaterklärung für Elternteile ohne Einkommen**

103 Falls die vorstehende Erklärung von einem Elternteil der/des Auszubildenden abgegeben wird, kann der andere Elternteil die folgende Zusaterklärung abgeben. In diesem Fall entfällt seine Verpflichtung, eine eigene Erklärung nach diesem Formblatt abzugeben. Dies gilt nicht, wenn das Formblatt mit elektronischer Signatur vorgelegt wird.

104 Vorname, ggf. Geburtsname, Vorname

104 **Ich,**

105 **erkläre, dass ich im maßgeblichen Kalenderjahr, also im Kalenderjahr**
 106 **kein eigenes Einkommen hatte, das in diesem Formblatt anzugeben wäre.**

107 Wenn Sie sich im Bewilligungszeitraum in Ausbildung befinden, bitte Art und Dauer der Ausbildung angeben.

108 Mir ist bekannt,

109 – dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich anzuzeigen;

110 – dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Erklärenden

111